

Hubert Gabrisch et al.

Transformationskrise setzt sich fort

Die Wirtschaftslage in Osteuropa, in der ehemaligen UdSSR und in Jugoslawien
1991/92

Dieser Bericht wurde im Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) verfaßt. Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf offizielle Statistiken der einzelnen Länder sowie auf Schätzungen des WIIW.

Unter der Einwirkung interner und externer Schocks nahm die Leistung der Wirtschaft in den fünf osteuropäischen Ländern (Bulgarien, Polen, Rumänien, ČSFR und Ungarn), im früheren Jugoslawien und in der UdSSR¹⁾ 1991 drastisch ab: Die Industrieproduktion ging gegenüber 1990 real um insgesamt 11% zurück, das Sozialprodukt um 16% und die Agrarproduktion um rund 5%.

Die stärksten Produktionseinbußen erlitten Bulgarien und die ČSFR. Beide Länder wurden von Nachfrageausfällen der UdSSR besonders betroffen und trieben gleichzeitig den Übergang zur Marktwirtschaft voran. Am relativ schwächsten nahm die Industrieproduktion in Polen mit rund -12% ab. Dort war jedoch nach einem Rückgang von 25% im Vorjahr allgemein ein leichtes Wachstum erwartet worden. Der private Sektor ist in den offiziellen Angaben keines der Länder vollständig erfaßt, er konnte trotz dynamischer Entwicklung aufgrund seines noch niedrigen Anteils an der Produktion die gesamte Leistung nicht entscheidend beeinflussen.

Die Krise in den ehemals sozialistischen Ländern erreichte 1991 ein seit

Der Rückgang der Produktion von Gütern und Dienstleistungen in den ehemals sozialistischen Ländern ähnelt der Weltwirtschaftskrise 1928/1933. Im Unterschied zu damals leiden jedoch alle Länder unter hohen Inflationsraten, und die Beschäftigung nimmt langsamer ab als die Produktion.

der Weltwirtschaftskrise 1928/1933 in dieser Region nicht mehr gekanntes Ausmaß. Die Ursachen dafür liegen, abgesehen von Sonderfaktoren wie dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, in vier Bereichen: Der Zusammenbruch der Koordinationsmechanismen und Lieferbeziehungen ausgelöst durch den Zerfall der zentralen Planung und Kontrolle, schreitet voran. Dies gilt für alle Länder, vor allem aber für die Region der früheren UdSSR und wahrscheinlich auch für Rumänien. Ein weiterer Grund sind die durch Jahrzehnte zentraler Planwirtschaft ausgelösten Strukturverzerrungen und Ungleichgewichte. Die Liberalisierung der Preise und des Außenhandels (in Polen bereits Anfang 1990, in Ungarn zum Teil früher, in der ČSFR und Bulgarien Anfang 1991) verursachte indirekt vielfach Produktionseinschränkungen, sei es durch monopolistisches Verhalten der Produzenten, durch nicht mehr kostendeckende Preise oder die Änderung der Nachfragestruktur (Schwinden der erzwungenen Substitution). Die dritte Ursache liegt in der Politik der gesamtwirtschaftlichen Nachfragebeschränkung, die in Polen, in der ČSFR und in Bulgarien besonders streng war. Schließlich ließ der Über-

gang zu Weltmarktpreisen und zur Verrechnung in konvertiblen Währungen im Handel zwischen den ehemaligen RGW-Ländern diesen Handel weitgehend zusammenbrechen.

Alle genannten Länder mußten 1991 ein Schrumpfen ihres Außenhandels hinnehmen. Die frühere UdSSR, Bulgarien, Rumänien, aber auch die ČSFR waren von sehr hohen Rückgängen — vor allem der Einfuhr — betroffen. Lediglich Polen und Ungarn steigerten ihre Importe. Der Handel der ehemaligen UdSSR mit den anderen Ländern des früheren RGW schrumpfte nominell (auf Rubelbasis) um 52% (Ausfuhr) bzw. 58% (Einfuhr). Zu konstanten Preisen waren die Einbußen noch größer.

Viele Experten sehen im Zusammenbruch des Intra-RGW-Handels die wichtigste Ursache für die tiefen Produktionseinbrüche. In bezug auf Ungarn, Polen, aber auch die ČSFR hält jedoch diese These einer empirischen Überprüfung anhand der vorliegenden Daten nicht stand. Der Ausfall von Exportmöglichkeiten (vor allem in die ehemalige UdSSR) spielte dabei sicher eine große, jedoch nicht die entscheidende Rolle. Der Zusammenbruch des Intra-RGW-Handels für sich betrachtet dürfte höchstens 50% des Rückgangs der Industrieproduktion und nur etwa ein Drittel der Abnahme der Gesamtproduktion verursacht haben. Berücksichtigt man die deutliche Umorientierung der Exporte vor allem in Richtung Westen, so war der Ver-

¹⁾ UdSSR ohne baltische Staaten

Wirtschaftsentwicklung Osteuropas, der UdSSR und Jugoslawiens

Übersicht 1

	1987	1988	1989	1990	1991 Ist
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Brutto-Inlandsprodukt					
Osteuropa ¹⁾	+2,5	+2,1	-0,9	-8,0	-12 bis -13
UdSSR ²⁾	+2,9	+5,5	+3,0	-2,3	-17 ³⁾
Jugoslawien ⁴⁾	-1,1	-1,7	+0,6	-8,5	-20
Gesamte Region ¹⁾	+2,6	+4,5	+2,1	-3,9	-16,2
Industrieproduktion					
Osteuropa ¹⁾	+3,1	+3,5	-0,7	-15,6	-18,9
UdSSR	+3,8	+3,9	+1,7	-1,2	-7,8 ³⁾
Jugoslawien	+0,8	-0,7	+0,9	-10,8	-20,0
Gesamte Region ¹⁾	+3,4	+3,6	+1,1	-5,0	-11,0
Landwirtschaft					
Osteuropa ¹⁾	-3,9	+2,8	-0,6	-3,3	-2,8
UdSSR	-0,5	+1,7	+1,3	-2,8	-7,0 ³⁾
Jugoslawien	-4,4	-3,6	+5,0	-4,9	+8,0
Gesamte Region ¹⁾	-1,1	+1,7	+1,1	-3,1	-4,9
Bruttoinvestitionen					
Osteuropa ¹⁾	+3,8	+1,4	-0,1	-14,4	-17,8 ⁵⁾
UdSSR	+5,7	+6,2	+4,7	+0,6	-15 ¹⁾
Jugoslawien	-5,2	-5,8	+0,8	-18,3	-30,0
Gesamte Region ¹⁾	+4,7	+4,6	+3,6	-3,9	-16,4 ⁵⁾

¹⁾ WIIW-Schätzung — ²⁾ BNP — ³⁾ Daten für GUS — ⁴⁾ BSP — ⁵⁾ Ohne Bulgarien

lust von Exportmärkten von vergleichsweise wesentlich geringerer Bedeutung. In den drei genannten Ländern waren vielmehr die inländische Nachfragebeschränkung, die von der Preisfreigabe ausgelösten Anpassungseffekte (1990 in Polen, 1991 in der ČSFR) und der zunehmende Wettbewerb durch Importe aus dem Westen die ausschlaggebenden Faktoren.

Im Handel mit den westlichen Industrieländern erhöhten die drei fortgeschrittenen Reformländer Polen, Ungarn und die ČSFR ihre Exporte be-

trächtlich. Dazu trugen Abwertungen der Währungen erheblich bei. Auch die seit 1989 von der EG eingeräum-

ten Handelserleichterungen dürften das Wachstum der Exporte in die Länder der Gemeinschaft beschleunigt haben. In Polen und Ungarn nahmen die Importe aus dem Westen allerdings noch rascher zu, während sie in der ČSFR leicht zurückgingen. Die übrigen Länder berichteten für den Westhandel drastische Einbrüche der Exporte, teilweise auch der Importe. Das gilt vor allem für Bulgarien: Infolge des Schuldenmatoriums fehlten Mittel zur Importfinanzierung, während der Rückgang der Exporte in den Westen auch fehlende Struktur Anpassungen signalisierte. Die Ausfuhr der früheren UdSSR verringerte sich um 17%, die Einfuhr um ein Drittel (jeweils auf Rubelbasis). Insgesamt jedoch verbesserte sich die Westhandelsbilanz der gesamten Region.

Von allen Verwendungskomponenten verloren die Anlageinvestitionen in der gesamten Region am meisten — eine Entwicklung, die die Modernisierung der Kapitalstocks und den Wirt-

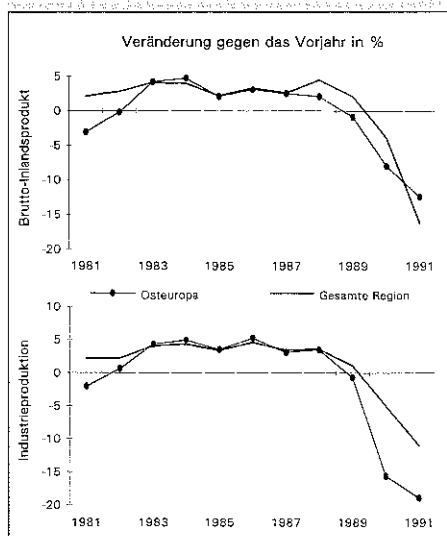
Außenhandel Osteuropas, der UdSSR und Jugoslawiens mit den westlichen Industrieländern

Übersicht 2

	1980	1985	1989	1990	1991 ¹⁾
Mill. \$					
Bulgarien²⁾					
Exporte	1 639	1 136	1 310	1 148	913
Importe	1 662	2 080	2 609	1 934	896
Saldo	- 22	- 944	- 1 299	- 785	+ 17
ČSFR					
Exporte	3 240	2 763	4 501	5 085	5 660
Importe	3 691	2 699	4 430	5 653	4 876
Saldo	- 451	+ 64	+ 71	- 568	+ 784
Polen					
Exporte	5 849	3 982	6 611	8 644	11 135
Importe	6 691	3 494	5 451	5 026	10 801
Saldo	- 842	+ 488	+ 1 160	+ 3 618	+ 334
Rumänien²⁾					
Exporte	3 957	3 773	4 417	3 084	2 540
Importe	3 961	1 470	1 043	2 045	1 860
Saldo	- 4	+ 2 303	+ 3 374	+ 1 039	+ 680
Ungarn					
Exporte	3 046	2 629	4 253	5 162	7 331
Importe	3 714	3 170	4 397	4 581	8 406
Saldo	- 668	- 541	- 144	+ 581	- 1 075
Osteuropa					
Exporte	17 731	14 284	21 092	23 123	27 579
Importe	19 719	12 912	17 930	19 239	26 839
Saldo	- 1 988	+ 1 372	+ 3 162	+ 3 884	+ 740
UdSSR³⁾					
Exporte	24 431	22 319	26 060	31 607	26 347
Importe	24 228	23 105	32 613	37 923	26 383
Saldo	+ 203	- 785	- 6 553	- 6 316	- 36
Jugoslawien⁴⁾					
Exporte	3 357	3 715	6 917	12 254	9 574
Importe	7 955	5 733	8 118	14 756	9 842
Saldo	- 4 598	- 2 018	- 1 201	- 2 502	- 268
Gesamte Region					
Exporte	45 519	40 318	54 069	66 984	63 500
Importe	51 902	41 750	58 661	71 918	63 064
Saldo	- 6 383	- 1 432	- 4 592	- 4 934	+ 436

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ 1991 eigene Schätzung. — ³⁾ 1991 alle Republiken der ehemaligen UdSSR — ⁴⁾ Seit 1995 mit dem laufenden Dollar-Dinar-Wechselkurs berechnet. 1990 und 1991 einschließlich Reexporte

Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa



schaftsaufschwung verzögern wird. Für die gesamte Region ist ein Rückgang von mehr als 16%, für Osteuropa von mehr als 18% zu veranschlagen. Besonders kräftig sanken die Investitionen in der ČSFR, in Rumänien, Bulgarien und im früheren Jugoslawien.

Der private Konsum schrumpfte zwar ebenfalls, jedoch weniger als die Investitionen. Besonders deutlich nahm er (bzw. Konsumindikatoren) in der ČSFR (privater Konsum -33% im Vorjahresvergleich), in Bulgarien (Reallöhne -56%) und Rumänien (Einzelhandelsumsätze -28%) ab. In der früheren UdSSR sank der Einzelhandelsumsatz real um 9%, im früheren Jugoslawien um rund 14%. Lediglich in Polen erholte sich der private Konsum (nach einem starken Rückgang im Vorjahr) um etwa 8% bis 10%, allerdings ist dieser Zuwachs fast ausschließlich auf Importe zurückzuführen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg in den fünf osteuropäischen Ländern von Ende 1990 bis Ende 1991 um rund 2 Mill. auf 3,8 Mill. und entsprach damit einer Arbeitslosenquote von etwa 8%. Gemessen am Rückgang von Nachfrage und Produktion blieb jedoch der Beschäftigtenabbau bisher mäßig; darin unterscheidet sich die Krise in den früher sozialistischen Ländern von der Weltwirtschaftskrise 1928/1933.

Mit Ausnahme der ehemaligen UdSSR und Jugoslawiens sind die Staatsausgaben durch den Abbau der Preissubventionen, die Kürzung der staatlichen Investitionsausgaben und andere Maßnahmen zum Budgetausgleich real in allen Ländern gesunken. Gleichwohl konnte kein Land die angepeilten Budgetziele erreichen, da der Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten und die fehlende Steuerzahlungsmoral (vor allem im expandierenden privaten Sektor) Einnahmehausfälle bewirkten. In Polen und Ungarn waren die Budgetdefizite höher als geplant. In der ČSFR wies das Budget bis Jahresmitte einen Überschuss aus, der über jenen des Jahres 1990 hinausging, schloß aber 1991 mit einem leichten Defizit ab.

Während die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre eine ausgesprochene Deflationskrise war, ist die Transformationskrise in den Oststaaten von

Verschuldung Osteuropas, der UdSSR und Jugoslawiens¹⁾

Übersicht 3

In konvertibler Währung

	1987	1988	1989	1990	1991 ²⁾
	Mrd. \$ zu laufenden Preisen				
Bulgarien					
Brutto	6,1	8,2	9,2	10,0	11,6
Netto	5,1	6,4	8,0	9,4	10,6
ČSFR					
Brutto	6,7	7,3	7,9	8,1	9,3
Netto	5,1	5,6	5,7	6,7	7,4
Polen					
Brutto	39,2	39,2	40,8	48,5	46,5
Netto	36,2	35,6	36,9	40,7	40,7
Rumänien					
Brutto	6,1	2,0	0,6	0,9	2,1
Netto	4,7	1,2	1,3	0,3	1,5
Ungarn					
Brutto	19,6	19,6	20,6	21,3	22,8
Netto	18,1	18,2	19,4	19,5	19,9
Osteuropa					
Brutto	77,7	76,3	79,1	88,7	92,3
Netto	69,1	67,0	68,8	76,6	80,1
UdSSR					
Brutto	40,2	46,8	52,4	56,2	60 bis 70
Netto	26,1	31,4	37,7	47,6	56 bis 66
Jugoslawien					
Brutto	20,5	18,9	17,3	16,5	14,9 ³⁾
Netto	18,2	15,1	10,3	8,6	9,6
Gesamte Region					
Brutto	138,4	141,9	148,8	161,5	
Netto	113,4	113,5	116,7	132,7	

¹⁾ Nettoverschuldung: Bruttoverschuldung minus Guthaben bei westlichen Banken (BIZ) - ²⁾ Vorläufig; Guthaben bei westlichen Banken entsprechend dem Stand im September 1991 - ³⁾ September 1991

einer anhaltend hohen Inflation begleitet. Von allen Ländern berichtete nur Polen eine Verlangsamung der Inflation gegenüber dem Vorjahr. Die niedrigsten Inflationsraten verzeichneten 1991 Ungarn (35%) und die ČSFR (58%), die höchsten Bulgarien (480%) und Rumänien (165%). In Bulgarien wurden die Preise Anfang des Jahres, in Rumänien im Juli freigegeben. Hier wurden nach den Bergarbeiterunruhen allerdings die Preise von einigen Lebensmitteln eingefroren. Die monatlichen Inflationsraten gingen in Polen, in der ČSFR und in Ungarn bis zur Jahresmitte zurück, stiegen aber gegen Jahresende wieder. In Bulgarien hätte sich ein ähnliches Bild abgezeichnet hätte nicht die Freigabe bzw. Erhöhung der Energiepreise im Juni einen erneuten Preissprung ausgelöst.

Allgemein gilt, daß sich der Charakter der Inflationsprozesse ändert. Zum einen schlug die zurückgestaute in eine offene Inflation um (in der früheren UdSSR, in Rumänien, Bulgarien), zum anderen verlieren Nachfragefaktoren ihre Bedeutung, während Kostenfaktoren an Gewicht gewinnen. Besondere Belastungen ergaben sich durch steigende Lohnstückkosten,

Abwertungen, Energiepreiserhöhungen und hohe Nominalzinsen. Am deutlichsten kann ihre inflationäre Wirkung in Polen und Ungarn nachgewiesen werden. Gegenüber makroökonomischen Nachfragebeschränkungen ist diese Art der Inflation eher resistent.

Die Leistungsbilanz in konvertiblen Währungen hat sich 1992 für Osteuropa unerwartet verbessert. Das Defizit verringerte sich um etwa 500 Mill. \$, was im wesentlichen auf einen erheblichen Abbau des tschechoslowakischen Defizits zurückzuführen ist. Bemerkenswert ist allerdings auch die erhebliche Verbesserung der finanziellen Position Ungarns. Für die gesamte Region beträgt das geschätzte Leistungsbilanzdefizit rund 9,2 Mrd. \$. Angesichts des Abbaus von Guthaben bei westlichen Banken wuchs die Nettoverschuldung stärker als die Bruttoverschuldung.

Kapitalzuflüsse in Form ausländischer Direktinvestitionen erhielten alle Länder, aber nur in Ungarn beeinflussten sie die Wirtschaftsentwicklung günstig. Die ČSFR nahm hier als Standort Polen den zweiten Rang ab; ausschlaggebend dürften die Nähe zu (West-)Deutschland und die wachsen-

de Verunsicherung ausländischer Investoren hinsichtlich der weiteren Wirtschaftsentwicklung in Polen sein

1992 ist in keinem Land eine Belebung der Wirtschaft zu erwarten. Da die osteuropäischen Länder die externen und internen Transformationschocks wohl weitgehend durchlaufen haben, kann für diesen Raum mit einer Abschwächung des Produktionsrückgangs gerechnet werden. Mit schweren Produktionseinbußen müssen dagegen alle Nachfolgestaaten der UdSSR rechnen, wo allein der drohende Zusammenbruch des Handels zwischen den GUS-Republiken das Sozialprodukt um vielleicht mehr als 15% sinken lassen dürfte. Berücksichtigt man den beschleunigten Zusammenbruch der Koordinations- und Lieferbeziehungen innerhalb der Republiken und die Freigabe eines Teiles der Preise Anfang 1992, ist ein Rückgang des Sozialproduktes in der ehemaligen UdSSR um mehr als 20% durchaus möglich.

Unklar bleibt die künftige Versorgung Osteuropas mit Erdöl und Erdgas aus dem Raum der GUS (bzw. aus Rußland). Zwar schließen das sich abzeichnende Chaos in Rußland, die Konflikte mit der Ukraine sowie der Rückgang der Erdölförderung einen Energieschock nicht völlig aus, doch sprechen einige wichtige Argumente gegen ein solches Szenario: Erstens wird der Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten in der GUS den eigenen Energieverbrauch — wenn auch abgeschwächt — senken. Weiters sind Rußland (als Förderland) und die Ukraine (als Transitland) auf Hartwährungseinnahmen angewiesen, die sie in den nächsten Jahren nur aus der Energieförderung erwarten dürfen. Schließlich wird die fortgesetzte Produktionsabnahme in Osteuropa, gepaart mit Energiepreiserhöhungen im Inland und Bemühungen um eine Diversifizierung der Energiebezüge, einen möglichen Schock abfedern.

Unter den osteuropäischen Staaten werden 1992 vermutlich Bulgarien, die ČSFR und Rumänien drastische Produktionseinbrüche verzeichnen. Für Ungarn und Polen war für 1992 eine Stabilisierung der Produktion erwartet worden; fortgesetzte Einbußen der

Industrieproduktion im Jänner und Februar lassen für 1992 insgesamt abermals einen — allerdings abgeschwächten — Rückgang wahrscheinlich erscheinen.

Die fünf osteuropäischen Länder dürften 1992 für westliche Exporteure attraktive Märkte bleiben. Die Importnachfrage Polens, Ungarns und der ČSFR — getragen vom privaten Sektor — wird weiter expandieren, während sich die Importe Bulgariens und Rumäniens nach ihrem drastischen Rückgang 1991 leicht erholen könnten. Die Exporte dürften allgemein leicht wachsen. Für die GUS ist kaum mit einer spürbaren Belebung des Außenhandels zu rechnen.

Hubert Gabrisch

In der Landwirtschaft sinken Produktion und Verbrauch

Im Zuge der Wirtschaftsreformen in den osteuropäischen Ländern zeigte sich, daß in der Vergangenheit das Produktions- bzw. Verbrauchsniveau einiger (vor allem teurerer) Nahrungs-

mittel wie Fleisch und mancher Molkereiprodukte den Standard der gesamten Wirtschaft in den einzelnen Ländern übertroffen hatte. So ist in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft ein Rückgang der Agrarpro-

Die Agrarproduktion und ihr Verbrauch sanken. In der UdSSR nahmen die Getreideimporte zu, in einigen Ländern wuchsen die Agrarüberschüsse. Der Transformationsprozeß steht in der Landwirtschaft erst am Anfang.

duktion sowie des Konsums vor allem hochwertiger Lebensmittel, die durch billigere Nahrungsmittel substituiert werden müssen, nicht vermeidbar.

Die Brutto-Agrarproduktion sank 1991 in den osteuropäischen Ländern um 2,8% (in Jugoslawien²) stieg sie um 8%), die stärksten Rückgänge verzeichnete die Tierproduktion. In der GUS verringerte sich die Brutto-Agrarproduktion um 7%: Die Getreideproduktion nahm um 27% — auf 155 Mill. t — ab, und die Getreideimporte stiegen auf 37 Mill. t. In Osteu-

Außenhandel der UdSSR mit Osteuropa und Jugoslawien Übersicht 4

	1980	1985	1989	1990	1991 ¹⁾
	Mill. Rubel				Mill. \$
Bulgarien					
Exporte	3 680	6 456	6 170	5 487	1 285
Importe	3 439	6 056	7 307	6 170	2 143
Saldo	+ 221	+ 400	- 1 137	- 683	- 858
ČSFR					
Exporte	3 648	6 830	6 255	5 074	2 910
Importe	3 536	6 632	6 610	6 244	2 404
Saldo	+ 112	+ 198	- 355	- 1 170	+ 506
Polen					
Exporte	4 406	6 532	5 771	4 121	2 312
Importe	3 596	5 600	7 410	7 945	1 989
Saldo	+ 810	+ 932	- 1 639	- 3 824	+ 329
Rumänien					
Exporte	1 350	1 957	2 681	2 465	984
Importe	1 441	2 303	2 489	1 784	900
Saldo	- 91	- 346	+ 193	+ 681	+ 84
Ungarn					
Exporte	2 982	4 577	4 188	3 610	1 737
Importe	2 757	4 892	4 813	4 436	1 324
Saldo	+ 225	- 315	- 625	- 826	+ 413
Osteuropa					
Exporte	16 046	26 352	25 066	20 757	9 228
Importe	14 769	25 483	28 629	26 579	8 760
Saldo	+ 1 277	+ 869	- 3 563	- 5 822	+ 468
Jugoslawien					
Exporte	2 096	2 723	1 926	1 828	1 453
Importe	1 780	3 367	2 405	2 197	1 223
Saldo	+ 289	- 644	- 479	- 369	+ 230
Gesamte Region					
Exporte	18 142	29 075	26 992	22 585	10 681
Importe	16 549	28 850	31 034	28 776	9 983
Saldo	+ 1 566	+ 225	- 4 042	- 6 191	+ 698

Q: Vneshnjaja torgovlja SSSR für 1991; Ekonomickeskoje Gazeta 13. März 1992 — ¹⁾ Vorläufiges Ergebnis mit dem Wechselkurs für kommerzielle Zahlungen (1 \$ = 1 746 Rubel) umgerechnet

²⁾ Im folgenden ist Jugoslawien als geographischer Raum unter Einbeziehung aller ehemaligen Teilrepubliken definiert.

**Ausgewählte Kennzahlen der Landwirtschaft Osteuropas,
der UdSSR und Jugoslawiens**

Übersicht 5

	Ackerland	Brutto-Agrar- produktion		Pflanzen- produktion	Tier- produktion
	1989 1 000 ha	1990	1991	1991	1991
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Bulgarien	3 848	-8,7	-5,0		
ČSFR	4 741	-3,5	-8,8	+ 1,5	-16,2
Polen	14 334	-2,2	-2,0	- 3,9	0
Rumänien	9 458	-2,9	+0,5	+ 7,1 ¹⁾	-6 bis -10 ¹⁾
Ungarn	5 052	-3,8	-3,0	+ 9	-14
Osteuropa	37 433	-3,3	-2,8		
UdSSR	226 103	-2,8	-7,0 ²⁾		
Jugoslawien	7 027	-4,9	+8,0	+20 ¹⁾	- 8
Gesamte Region	270 563	-3,1	-4,9		

¹⁾ Eigene Schätzung — ²⁾ GUS

ropa erhöhte sich die Getreideernte um 7%, in Jugoslawien um rund 28%.

Seit Reformbeginn (Ende der achtziger Jahre) wurden die Subventionen für Lebensmittel im Einzelhandel sowie für Agrarbetriebe kontinuierlich gekürzt und die Preise schrittweise liberalisiert; von den steigenden Einzelhandelspreisen für Nahrungsmittel profitierten in erster Linie der Handel und die Verarbeitungsindustrie. Dadurch sank u. a. die Nachfrage nach teureren Nahrungsmitteln (Fleisch und Molkereiprodukten). Da gleichzeitig die Inputpreise für die Landwirtschaft wesentlich rascher stiegen als die des Outputs, verschlechterten sich die Terms of Trade der Agrarbetriebe. So wurde insbesondere die Tierproduktion (mit einer gewissen Zeitverschiebung) durch ihren biologischen Charakter gedrosselt. Aufgrund des abnehmenden Futtermittelverbrauchs sowie der höheren Getreideernte brachte diese Entwicklung 1991 in Osteuropa und Jugoslawien einen Getreideüberschuß von mindestens 2 Mill. t netto. In der GUS wurde der Getreideverbrauch auf weniger als 200 Mill. t gedrosselt.

Nach dem Zerfall bzw. nach der Umwandlung der Staatsbetriebe werden in den Oststaaten verschiedene neue marktkonforme Wirtschaftssubjekte entstehen. Eine besondere Rolle werden hier wahrscheinlich die landwirtschaftlichen Genossenschaften (bzw. Kolchosen) spielen, die sich aus einer vom Staat gelenkten Organisation in eine der im Westen üblichen Unternehmen umwandeln müssen. Sie sollten sich insbesondere auf Ankauf, Verkauf und andere Dienstleistungen bzw. auf Finanzierung im Bereich der Landwirtschaft konzentrieren. Wäh-

rend in der privat organisierten Landwirtschaft Polens und Jugoslawiens (durchschnittliche Hofgröße unter 50 ha) ein Konzentrationsprozeß notwendig ist, um die Agrartechnik effizient einsetzen zu können, müssen in allen anderen Oststaaten zu große Agrarbetriebe geteilt werden. Allerdings werden in den Oststaaten die im Westen typischen landwirtschaftlichen Familienbetriebe mit einer Durchschnittsgröße von weniger als 50 ha kaum von Bedeutung sein, da sich die Ausgangslage für die Transformation der Agrarbetriebe sowie der vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft grundsätzlich von jener unterscheidet, die in der Vergangenheit für die Entstehung und Entwicklung des modernen Agrarsystems in Westeuropa bestand.

Die Entwicklung der Landwirtschaft in den Oststaaten wird vorwiegend von der künftigen Subventionspolitik beeinflusst sein. Weiters hängt die Agrarproduktion von den komparativen Vorteilen der einzelnen Länder ab, die letztlich Produktion und Konsum von Lebensmitteln sowie den Außenhandel mit Agrargütern mitbestimmen. Auch Abkommen mit dem Westen werden im äußerst sensiblen Agrar-

handel von großer Bedeutung sein. Die ČSFR, Polen und Ungarn schlossen bereits 1991 Assoziationsabkommen mit der EG, die jedoch für den Handel mit Agrarprodukten im Vergleich mit anderen Warengruppen die geringste Liberalisierung gebracht haben. Daher ist auch über die Transformationsperiode hinaus mit Beschränkungen im Agrarhandel zu rechnen.

Unter Witterungsbedingungen, die dem langjährigen Durchschnitt entsprechen, ist in den führenden Reformländern 1992 folgendes zu erwarten: Die Agrarüberschüsse Ungarns dürften sinken, Polen könnte seine volle Selbstversorgung beibehalten. Die Volkswirtschaft der ČSFR wird noch in einem Anpassungsprozeß sein, der weitere Agrarüberschüsse verursachen könnte. Im Donauraum erwarten Bulgarien und Jugoslawien einen Rückgang der Agrarexporte und Rumänien einen Anstieg der Agrarimporte. Der gesamte osteuropäische Raum wird 1992 nur mäßig Agrarprodukte ausführen. Für die GUS kann angenommen werden, daß die Agrarproduktion aufgrund der zerrütteten Strukturen zurückgeht und gleichzeitig teurere Lebensmittel (Fleisch, Molkereiprodukte) zunehmend durch billigere ersetzt werden. Daher ist 1992 in der GUS kaum mit einer wesentlichen Zunahme der Agrarimporte zu rechnen.

Zdenek Lukas

**Bulgarien im Zangengriff von
Depression und Inflation**

Im Februar 1991 setzte Bulgarien ein Wirtschaftsprogramm mit den typischen Merkmalen einer „Schocktherapie“ in Kraft. Bei vergleichsweise wesentlich ungünstigeren Ausgangs-

**Getreideproduktion¹⁾ Osteuropas, der UdSSR
und Jugoslawiens**

Übersicht 6

	Ø 1981/ 1985	Ø 1986/ 1990	1989	1990	1991 ²⁾	1990/91 Veränderung in %
	Mill. t					
Bulgarien	8,3	8,4	9,8	8,0	8,8	+ 10
ČSFR	11,1	11,9	12,0	12,6	11,9	- 5,6
Polen	22,5	26,6	27,6	28,0	27,8	- 0,7
Rumänien	21,9	18,5	18,4	17,2	19,3	+ 12,4
Ungarn	14,6	14,3	15,5	12,2	15,4	+ 26
Osteuropa	78,4	79,7	83,3	78,0	83,2	+ 6,7
UdSSR	168,7	196,5	196,7	218,1	154,7 ³⁾	- 27 ³⁾
Jugoslawien	16,7	15,7	16,1	14,1	18 ⁴⁾	+ 28

¹⁾ Einschließlich Hülsenfrüchte — ²⁾ Vorläufig — ³⁾ GUS — ⁴⁾ Eigene Schätzung

bedingungen blieben die Wirtschaftsergebnisse nicht nur weit unter jenen anderer osteuropäischer Länder, sondern erreichten auch nicht annähernd die Erwartungen des Programms

Das Brutto-Inlandsprodukt ging 1991 im Vorjahresvergleich um rund 23% zurück (1990 -11,8%): Im Zuge der

Die Wirtschaftskrise des Jahres 1991 war in Bulgarien besonders tief. Eine restriktive Politik war hier von äußerst schwerwiegenden außenwirtschaftlichen Beschränkungen begleitet. Strukturanpassungen blieben weitgehend aus, eine Stabilisierung der Wirtschaft ist noch nicht in Sicht.

Stabilisierungspolitik kam es zu Einbrüchen in der Inlandsnachfrage, infolge der Umstellung des RGW-Handels auf Weltmarktpreise und Verrechnung in harten Währungen erlitt Bulgariens Export — angesichts seiner hohen Abhängigkeit von dieser Region — gravierende Einbrüche. Gleichzeitig blieben Angebotsbeschränkungen wirksam, vor allem in Form erzwungener Importkürzungen von Energie, Rohstoffen und Vorleistungen. Die registrierte Arbeitslosenquote schnellte bis Jahresende auf fast 11%, obwohl weder weitreichende Umstrukturierungen noch Produktionseinstellungen in Angriff genommen wurden. Institutionelle und Gesetzesreformen kamen äußerst schleppend voran, nicht zuletzt bedingt durch politische Konfrontationen. Mit den Neuwahlen im Oktober kam die ehemalige Opposition an die Regierung, dennoch wurde auch bis März 1992 noch kein Privatisierungsgesetz verabschiedet. Die zum Jahresende etwa 199 000 registrierten Privatunternehmen haben in bezug auf die Gesamtwirtschaft geringes Gewicht.

In der Industrie schrumpfte die Warenproduktion um 28%, besonders betroffen waren Branchen mit hoher Export- bzw. Importabhängigkeit wie Elektronik und Elektrotechnik sowie Chemie und Erdölverarbeitung. Die Energieversorgung wurde durch die Abschaltung von Reaktoren im Atomkraftwerk Kosloduj und den Ausfall von Energielieferungen aus der UdSSR beeinträchtigt, insbesondere Anfang 1992 mußte der Strom zeit-

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Bulgariens

Übersicht 7

	1987	1988	1989	1990 ¹⁾	1991 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationalprodukt					
Produziert	+5,1	+2,4	-0,3	-11,5	-19,5 ²⁾
Verwendet	+0,4	+3,7	+2,0	-9,5	
Industrie ³⁾					
Bruttoproduktion	+3,8	+5,3	-0,3	-14,1	-28 ⁴⁾
Beschäftigte	+1,1	+0,9	+8,3	-7,3	-13,5
Arbeitsproduktivität	+2,6	+4,4	-7,9	-7,3	-11,7 ⁴⁾
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	-5,1	+0,1	+0,8	-8,8	-5
Pflanzenbau	-8,8	-0,3	+5,3	-14,0	
Tierhaltung	-1,9	+0,5	-2,7	-3,7	
Brutto-Anlageinvestitionen ⁵⁾	+7,3	+2,4	-1,3	-10,8	
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+4,1	+3,2	+10,2	+8,8	+166
Real	+1,4	+0,8	+3,2	-13,8	-54 ⁶⁾
Durchschnittliche Löhne und Gehälter					
Nominell (brutto)	+4,3	+7,6	+8,8	+36,1	+153
Real (netto)	+3,9	+5,5	+1,0	+7,8	-56 ⁶⁾
Realeinkommen pro Kopf	+4,0	+3,3	-1,2		
Einzelhandelspreise	+2,7	+2,4	+6,4	+26,3	+480
Exporte ⁵⁾					
Insgesamt	+3,4	+4,5	-5,2	-23,2	-53,9 ⁸⁾
In die westlichen Industrieländer ⁷⁾	+1,1	-1,1	+19,3	-18,1	-20,5 ⁸⁾
Importe ⁵⁾					
Insgesamt	-2,0	-1,0	-8,1	-21,6	-64,1 ⁸⁾
Aus den westlichen Industrieländern ⁷⁾	-2,7	-0,0	+2,3	-31,5	-53,7 ⁸⁾

¹⁾ Vorläufige Daten. — ²⁾ Produktion ohne Landwirtschaft und Privatsektor. — ³⁾ Sozialistische Industrien. — ⁴⁾ Auf Basis der Warenproduktion. — ⁵⁾ Zu laufenden Preisen. — ⁶⁾ Schätzung. — ⁷⁾ Auf Valuta-Lewa-Basis. — ⁸⁾ Auf Dollarbasis.

weise abgeschaltet werden. In der Landwirtschaft, der erhofften Stütze der gesamtwirtschaftlichen Produktion, ging die Produktion um mindestens 5% zurück, die Tierproduktion nahm erheblich stärker ab. Negative Effekte gingen von ungeklärten Eigentümerrechten und der sich öffnenden Preis-Kosten-Schere aus, die hohe Rückgänge der Verkäufe an die staatlichen Aufkauforganisationen bewirkte.

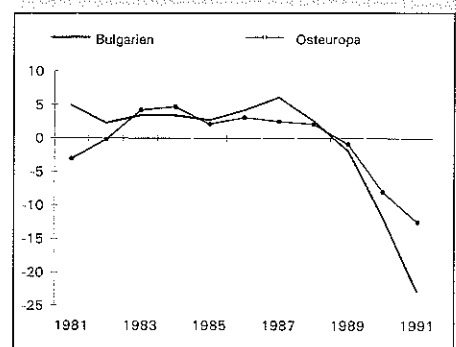
Geld- und einkommenspolitische — nicht aber budgetpolitische — Beschränkungen waren anfangs strikter als vorgesehen, später war ein gewisser Aufholprozeß zu beobachten. Der erste Inflationsschub, ausgelöst durch umfassende Preisliberalisierungen, konnte bis Mai abgefangen werden. Danach beschleunigte sich die Inflation wieder, Ende 1991 überschritten die Verbraucherpreise das Niveau von Ende 1990 um 474,3%. Der durchschnittliche Reallohn ging 1991 nach Schätzungen um 56% zurück (die Realeinkommen sanken weniger), die Einführung von Kollektivvereinbarungen ab September verursachte erhebliche Lohnsteigerungen.

Angesichts eines Rückgangs der Exporte um 54% mußten die Importe um 64% gekürzt werden (auf Dollarbasis;

die Daten für den Außenhandel unterliegen allerdings einem hohen Unsicherheitsgrad). Liefer- und Zahlungsausfälle der UdSSR lösten mehrfache interne Probleme aus. Das Beistandsabkommen mit dem IMF hatte Bulgarien wieder den Zutritt zu offiziellen westlichen Krediten (in sehr beschränktem Ausmaß) geöffnet. Da jedoch nach dem bulgarischen Moratorium vom März 1990 noch kein Umschuldungsabkommen mit westlichen Geschäftsbanken getroffen worden war, blieb das Land von privaten Finanzierungsquellen, selbst von Handelskrediten, weitgehend abgeschnitten. Im Gegensatz zu anderen Ländern im Übergang führte Bulgarien

Wirtschaftsentwicklung in Bulgarien

Veränderung des Brutto-Inlandsproduktes gegen das Vorjahr in %



ein System flexibler Wechselkurse ein Nominell wertete der Lew im Laufe des Jahres weit stärker ab als erwartet Die schwer kontrollierbare Wechselkursentwicklung ist eine Ursache für die Instabilität

Die Aussichten für 1992 unterliegen erheblichen externen und internen Unsicherheitsfaktoren auf politischer und wirtschaftlicher Ebene Auf die neue Regierung üben mehrere Kräfte darunter die Gewerkschaften, Druck aus Zwar wurden u. a. Gesetze über Eigentumsrestitution, Bank- und Kreditwesen und Auslandsinvestitionen verabschiedet sowie das Bodengesetz novelliert, anhaltende Verzögerungen von Reformen, insbesondere der Privatisierung, wurden jedoch auch von IMF und Weltbank kritisiert. Der Budgetentwurf für 1992 geht von einem Produktionsrückgang um 4%, einer Arbeitslosenquote von 12%, einer Inflationsrate von 65% und einem Budgetdefizit von 4,3% des BIP aus Die ersten Ergebnisse des Jahres lassen diese Annahmen überaus optimistisch erscheinen, die Gefahr einer länger andauernden inflationären Depression ist keineswegs gebannt.

Ilse Grosser

**Unerwartet tiefe
Produktionseinbrüche in der
ČSFR**

Anfang 1991 wurde in der ČSFR mit der Umsetzung eines radikalen Reformprogrammes (einer „Schocktherapie“) begonnen Im Zuge einer weitgehenden Preisliberalisierung blieben

Das erste Jahr des Transformationsprozesses in der ČSFR war von einem unerwartet tiefen Produktionseinbruch sowie einem beträchtlichen Rückgang des Lebensstandards geprägt. Gleichzeitig hat sich die Position der Außenwirtschaft verbessert, und die Inflation blieb nach dem Preisschock Anfang 1991 unter Kontrolle.

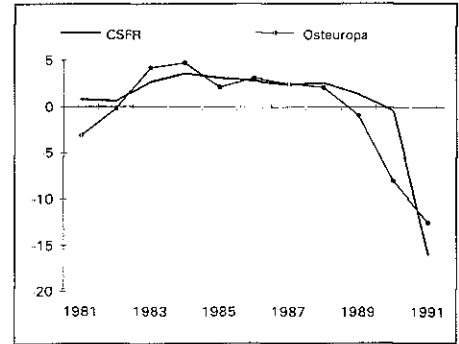
nur einige Preise (darunter die von Energie) unter staatlicher Kontrolle: Höchstpreisen werden vorgegeben, infolge der Subventionskürzungen wurden sie jedoch deutlich angehoben Die Liberalisierung des Außenhandels und die Einführung be-

grenzter Inländerkonvertibilität gingen mit einer bereits im Dezember 1990 beschlossenen Abwertung einher Der Import von Konsumgütern war vorübergehend mit einer Abgabe von 20% belegt worden mit 1. Mai 1991 wurde sie auf 18% und mit 1. Juli auf 15% gesenkt Zur Unterstützung der Inflationsbekämpfung wurden diese Maßnahmen von einer restriktiven Fiskal- und Geldpolitik begleitet Zusätzlich wurde das laufende Lohnwachstum einer prohibitiven Besteuerung unterworfen Für 1991 wurde insgesamt ein geringes Budgetdefizit von 12,3 Mrd. Kronen ausgewiesen (mehr als 1% des BIP)

Der Preisschock Anfang 1991, der diesmal nicht von einer Einkommenskompensation entschärft wurde, dürfte den ohnehin nur mäßigen Kaufkraftüberhang im Haushaltssektor weitgehend abgeschöpft haben In den folgenden Monaten lösten die rapide sinkende Inlandsnachfrage und der Zusammenbruch des Intra-RGW-Handels einen Absatz- und Produktionseinbruch aus Die bisherige Wirtschaftsentwicklung in der ČSFR zeigt, daß Produktion und Lebensstandard wesentlich ausgeprägter sanken, als

**Wirtschaftsentwicklung Abbildung 3
in der ČSFR**

Veränderung des Brutto-Inlandsproduktes gegen das Vorjahr in %



die Regierung Anfang 1991 erwartet hatte

Das Brutto-Inlandsprodukt nahm 1991 um 15,9% ab, der Anteil des Privatsektors am BIP stieg jedoch von etwa 3% (Ende 1990) auf rund 8% Die Industrie produzierte brutto um 23,1% weniger als 1990. Während die Grundstoffindustrie im Vorjahresvergleich nur geringfügig weniger erzeugte, sank die Produktion in der Leichtindustrie beträchtlich Die Bauwirtschaft unterschritt 1991 ihr Vorjahresergebnis um 30,9% Die Brutto-Agrarpro-

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der ČSFR

Übersicht 8

	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Brutto-Nationalprodukt				
Produziert	+ 23	+ 07	- 11	- 19.5
Verwendet	+ 20	+ 32	+ 47	- 32.4
Brutto-Inlandsprodukt	+ 26	+ 14	- 04	- 15.9
Industrie				
Bruttoproduktion	+ 21	+ 07	- 35	- 23.1
Beschäftigte	+ 03	- 06	- 32	- 12.3
Arbeitsproduktivität	+ 18	+ 13	- 03	- 14.1
Landwirtschaft				
Bruttoproduktion	+ 29	+ 18	- 35	- 8.8
Pflanzenbau	+ 40	+ 17	- 36	+ 1.5
Tierhaltung	+ 21	+ 20	- 35	- 16.2
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 41	+ 16	+ 77	- 30.9
Einzelhandelsumsätze				
Nominell	+ 49	+ 3.5	+ 12.0	- 3.3
Real	+ 48	+ 2.3	+ 1.3	- 39.9
Privater Konsum	+ 49	+ 18	+ 48	- 32.8
Durchschnittliche Löhne und Gehälter				
Nominell	+ 23	+ 23	+ 37	+ 15.1 ²⁾
Real	+ 19	+ 07	- 5.6	- 25.2 ²⁾
Geldeinkommen der Bevölkerung				
Nominell	+ 42	+ 35	+ 7.4	+ 14.5
Real	+ 39	+ 2.0	- 1.3	- 25.6
Einzelhandelspreise	+ 02	+ 14	+ 10.0	+ 57.9
Wohnbau	in 1 000 Einheiten	82.9	88.5	69.3
Exporte ³⁾				
Insgesamt	+ 5.5	+ 17	- 10	+ 49.2
In die westlichen Industrieländer	+ 10.5	+ 16.1	+ 34.6	+ 82.2
Importe ³⁾				
Insgesamt	+ 1.5	+ 2.5	+ 10.9	+ 23.3
Aus den westlichen Industrieländern	+ 6.8	+ 3.1	+ 52.1	+ 41.6

¹⁾ Vorläufig — ²⁾ Ohne Privatsektor — ³⁾ Auf Kronenbasis

duktion sank um 8,8%. Bis Ende 1991 stieg die Arbeitslosenquote auf 6,6%; in der Slowakei war sie mit 11,9% nahezu dreimal so hoch wie in der tschechischen Teilrepublik (4,1%). Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Preise um 57,9%, die Einzelhandelsumsätze sanken real um 39,9%, der private Konsum nahm um 32,8% ab. Die Handelsbilanz verzeichnete 1991 einen Überschuß von nahezu 1 Mrd. \$ Die Brutto-Hartwährungsverschuldung nahm um 1,2 Mrd. \$ auf etwa 9,3 Mrd. \$ zu, jedoch stiegen gleichzeitig auch die Hartwährungsreserven von 1,2 Mrd. \$ (Ende 1990) auf 3,3 Mrd. \$ (Ende 1991). Ende 1991 erreichten die ausländischen Direktinvestitionen in der ČSFR rund 1 Mrd. \$.

Die „kleine“ und die „große“ Privatisierung beziehen sich auf Unternehmen, die nach der Restitution im Besitz des Staates verbleiben. Die „kleine“ Privatisierung erfolgt über Auktionen, meist ist die Gewährung eines Pachtvertrages für fünf Jahre vorgesehen. Nur wenn sich kein inländischer Käufer findet, dürfen in einer zweiten Etappe auch Ausländer an der Versteigerung teilnehmen. 1991 wurden in der ČSFR über diese Auktionen etwa 20 000 Objekte verpachtet oder verkauft. Die „große“ Privatisierung bedient sich sowohl der in Marktwirtschaften gebräuchlichen Methoden wie z. B. des Direktverkaufs (auch an Ausländer) und Auktionen als auch einer Privatisierung über Kupons. Hierbei kann jeder tschechoslowakische Staatsbürger über 18 Jahre mit Anteilscheinen (für je 1 000 Kronen) Aktien an bisher staatlichen Unternehmen erwerben. Die erste Privatisierungswelle, die im Mai 1992 beginnt, erfaßt mehr als 1 000 Unternehmen. Ein spezielles Transformationsgesetz, das die Umwandlung der alten in neue marktconforme Genossenschaften oder andere Wirtschaftssubjekte regelt, wurde mit erheblicher Verzögerung Ende Dezember 1991 verabschiedet.

Kommerzialisierung, Entmonopolisierung und Privatisierung der Staatsbetriebe stehen erst am Anfang und werden durch den äußerst hohen Grad der Verstaatlichung, Monopolisierung und Konzentration der tschechoslowakischen Industrie erschwert.

Das Jahr 1992 ist von den Wahlen im Juni und der großen Privatisierung geprägt. Eine kurzfristige Prognose der Föderativen Regierung erwartet 1992 einen Rückgang des Brutto-Inlandsproduktes um 3% bis 6% und einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf etwa 12%. Die Inflationsrate soll auf 12% bis 15% gedrückt und der Staatshaushalt ausgeglichen werden. Diese relativ optimistischen Ansätze lassen offen, mit welchen Mitteln die Regierung den raschen Produktionsrückgang bremsen will.

Zdenek Lukas

Nachfrageausfälle prägen Polens Wirtschaftsentwicklung

Die Wirtschaft Polens stand im vergangenen Jahr unter dem Eindruck umfangreicher in- und ausländischer Nachfrageausfälle. Das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) nahm im Vorjah-

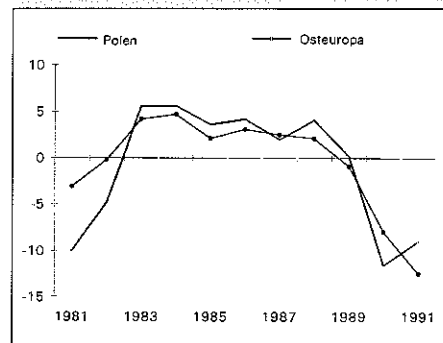
Entgegen den Erwartungen hielt die Schwäche der polnischen Wirtschaft auch 1991 an. Neben dem Ausfall der Nachfrage aus der UdSSR und Ostdeutschland ist dies vor allem auf den weiteren Rückgang sowohl der Investitionen als auch der Nachfrage nach heimischen Konsumgütern zurückzuführen.

resvergleich um 8% bis 10% ab. Zwar gingen die Exporte in die früheren RGW-Länder gegenüber 1990 um mindestens 1,3 Mrd. \$ zurück, dies konnte aber durch verstärkte Ausfuhr in westliche Länder teilweise ausgeglichen werden: Insgesamt nahmen die Exporte real um nur 1,4% ab. Die Industrie, deren Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 12% sanken, war durch den Ausfall ihrer traditionellen Exportmärkte (insbesondere der DDR und der UdSSR) allerdings deutlicher beeinträchtigt.

Eine wichtige Ursache für den Produktionsrückgang könnte die zunehmende Konkurrenz durch den Import aus dem Westen gewesen sein. Trotz des Anstiegs der Realeinkommen um 3% und des privaten Konsums um 6% bis 8% nahm die Nachfrage nach inländischen Konsumgütern ab. Insgesamt wuchs die Einfuhr real um 39% (davon die Konsumgüter um mehr als das Doppelte), obwohl die Importe

Wirtschaftsentwicklung *Abbildung 4* in Polen

Veränderung des Brutto-Inlandsproduktes gegen das Vorjahr in %



aus dem früheren RGW-Raum rückläufig waren. Ausschlaggebend waren dafür — neben einem gewissen Nachholbedarf an qualitativ hochwertigen Waren aus dem Westen — die Liberalisierung der Zollsätze und die reale Aufwertung des Zloty gegenüber dem Dollar in der ersten Jahreshälfte. Danach wurde das rasche Importwachstum durch eine Abwertung des Zloty im Mai (die erste seit Anfang 1990) und eine Erhöhungen der Zölle auf Lebensmittel im April sowie im September 1991 (analog zu EG-Tarifen) etwas gebremst. Freilich flaute die Nachfrage nach inländischen Konsumgütern bei erhöhten Realeinkommen auch infolge einer zunehmenden Sparneigung der privaten Haushalte ab.

Unerwartet deutlich gingen die Anlageinvestitionen zurück (real — 8%; die Lagerinvestitionen sanken noch kräftiger); verursacht wurde dies nicht nur durch die wachsende Unsicherheit der großen Staatsunternehmen über ihre Zukunft, sondern in besonderem Maße auch durch Kreditrestriktionen und rückläufige Eigenmittelanteile. Die Zinssätze der Banken für die Wirtschaft lagen deutlich über der Inflationsrate. Verglichen mit dem Vorjahr schrumpften die Nettogewinne der Unternehmen 1991 drastisch, ausgelöst durch Erhöhungen der nach wie vor staatlich kontrollierten Energiepreise (die aber noch immer unter dem Weltmarktniveau liegen), erhöhte Importkosten aufgrund der Abwertungen des Zloty (im Oktober wurde der fixe Wechselkurs durch eine stufenweise Wechselkursanpassung bzw. „crawling-peg“ mit einer monatlichen Abwertung von 1,8% ersetzt), Anhebung von Steuersätzen

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Polens

Übersicht 9

	1987	1988	1989	1990	1991
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Brutto-Inlandsprodukt Nationalprodukt ¹⁾	+ 2,0	+ 4,1	+ 0,2	- 11,6	- 8 bis - 10
Produziert	+ 1,9	+ 4,9	- 0,2	- 14,9	
Verwendet	+ 1,8	+ 4,7	+ 0,1	- 19,8	
Industrie					
Bruttoproduktion ²⁾	+ 3,4	+ 5,3	- 0,5	- 24,2	- 11,9
Beschäftigung	- 0,5	- 1,7	- 3,1	- 9,2	- 9,6
Arbeitsproduktivität	+ 3,9	+ 7,1	+ 2,7	- 16,5	- 2,5
Bauwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 2,5	+ 6,1	- 2,3	- 14,2	+ 2,5
Beschäftigung	+ 1,7	+ 0,8	- 2,3	- 5,7	- 0,1
Fertiggestellte Wohnungen	+ 3,4	- 1,0	- 20,8	- 10,6	- 0,8
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	- 2,3	+ 1,2	+ 1,5	- 2,2	- 2,0
Pflanzenbau	- 2,0	- 0,3	+ 2,7	+ 0,1	- 3,9
Tierhaltung	- 2,7	+ 3,2	- 0,1	- 5,2	0,0
Brutto-Anlageinvestitionen					
Real	+ 4,2	+ 5,4	- 2,4	- 10,1	- 8,0
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 29,7	+ 68,3	+ 239,8	477,4	
Real	+ 4,0	+ 3,9	- 2,7	- 17,4	
Durchschnittliche Monatslöhne					
Nominell	+ 21,1	+ 81,9	+ 291,8	+ 398,0	+ 74,0
Real	- 3,5	+ 14,4	+ 8,4	- 23,9	+ 3,6 ³⁾
Geldeinkommen der Bevölkerung					
Nominell	+ 26,0	+ 83,9	+ 280,4	+ 445,2	+ 75,4
Konsumgüterpreise	+ 25,3	+ 61,3	+ 243,8	+ 617,8	+ 70,3
Außenhandel in Zloty					
Exporte	+ 46,0	+ 70,1	+ 223,4	+ 514,4	+ 14,1
Importe (cif)	+ 40,8	+ 65,7	+ 177,4	+ 634,1	+ 19,7
Außenhandel in Dollar					
Exporte	+ 3,8	+ 6,6	+ 2,4	+ 0,3	- 3,8 ⁴⁾
Importe (cif)	+ 3,1	+ 5,9	- 0,6	+ 7,0	- 1,2 ⁴⁾

¹⁾ Netto — ²⁾ Industrielle Verkäufe — ³⁾ In 6 Sektoren der Wirtschaft — ⁴⁾ Handel mit EG-Ländern

und erhebliche Steigerungen der Lohnstückkosten.

Trotz einer Kürzung der Staatsausgaben — vor allem der Löhne und Gehälter von Beamten (real — 15% gegenüber 1990) — war das Budgetdefizit mit 5% des BIP bedeutend höher als ursprünglich geplant. Steuerausfälle ließen die Einnahmen des Staates gegenüber den Budgetannahmen um 15% sinken.

Angesichts der Exportverluste auf den früheren RGW-Märkten nahmen die Umsätze in der Eisen- und Stahlindustrie und im Maschinenbau (je — 22,4%) besonders stark ab. Die Leichtindustrie (Bekleidung, Wäsche, Leder) mußte einen Rückgang um 13% hinnehmen. Hoffnungen auf eine Trendwende in der zweiten Jahreshälfte erfüllten sich nicht; die in den einzelnen Monaten verzeichneten Umsatzzuwächse erwiesen sich nach einer ersten Saisonbereinigung als Rückgänge. Die Umsätze des privaten Sektors expandierten real um 25%. Ihr Anteil an den Industrieumsätzen insgesamt stieg von 17,4% (1990) auf 25,4% (1991). Er war jedoch noch zu

gering, um eine Trendwende in der Industrie herbeizuführen.

Im Unterschied zur Industrie verzeichnete die Bauwirtschaft trotz rückläufiger Investitionsnachfrage real ein leichtes Wachstum von 2,5%. Ausschlaggebend dafür war der deutliche Anstieg der Leistungen des privaten Sektors. Bereits 1990 erstellte er 30% der gesamten Leistungen und konnte seinen Anteil im vergangenen Jahr auf 50% ausweiten.

Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft verringerte sich real um 2%. Die Pflanzenproduktion sank um 4%, und die Tierproduktion stagnierte. Wie in den Vorjahren verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Input- und Absatzpreisen zu Lasten der — zu mehr als 80% privaten — Produzenten um rund 24%.

Innerhalb eines Jahres verdoppelte sich bis Ende 1991 die Zahl der Arbeitslosen auf 2,2 Mill., und die Arbeitslosenquote schnellte von 6,1% auf 11,4%.

Trotz weiterhin rückläufiger Nachfrage zogen die Preise an, wenn auch

mit von Monat zu Monat abnehmender Rate. Die Konsumgüterpreise stiegen gegenüber 1990 um 70%, die Großhandelspreise der Industrie dagegen um nur 50%. Ausschlaggebend waren für die Teuerung — bei Unterlastung der Kapazitäten in der Industrie — die steigenden Kosten von Arbeit (reale Lohnstückkosten), Kapital (positive Realzinsen) und importierten Produkten (Abwertung und Energiepreissteigerungen).

Insgesamt ging die Gesamtausfuhr real um nur 1,4% zurück, die Ausfuhr in die früheren RGW-Länder sank jedoch um 42% (in die UdSSR sogar um 47%), während der Export in westliche Länder kräftig zunahm (in die EG + 21%). Deutschland war Polens Hauptexportland (Anteil am Gesamtexport 29%). Die Gesamteinfuhr stieg real um 39%. Die Einfuhr aus den früheren RGW-Ländern schrumpfte um ein Drittel (aus der UdSSR um 48%), der Anteil der EG hingegen erhöhte sich um fast 60%. Damit war Polen neben Ungarn im vergangenen Jahr das einzige Land mit steigenden Importen bei sinkendem Sozialprodukt. Die Handelsbilanz (laut Zahlungsbilanzstatistik) wies in konvertiblen Währungen einen Überschuss von 51 Mill. \$ aus. Die Leistungsbilanz verschlechterte sich um mehr als 2,3 Mrd. \$; allerdings war das Defizit von 1,4 Mrd. \$ weitaus geringer als ursprünglich befürchtet. 1991 sank die Auslandsverschuldung in konvertiblen Währungen um 2 Mrd. \$ auf 46,5 Mrd. \$ (Ende Dezember 1991). Dazu trug u. a. der Schuldenerlaß der USA, Finnlands und der Niederlande im Rahmen des Abkommens mit dem Pariser Club vom April 1991 bei. Da die Guthaben Polens bei ausländischen Banken erheblich abnahmen, stieg die Nettoverschuldung auf mehr als 42 Mrd. \$.

Die Hoffnungen, daß sich 1992 der realwirtschaftliche Bereich stabilisieren könnte, wurden im Jänner und Februar gedämpft: In beiden Monaten ging die Industrieproduktion weiterhin zurück, während sich die Inflation wieder beschleunigte. Angesichts der schwachen Investitionsanreize ist selbst bei einer leichten Zunahme der Realeinkommen nicht mit einem Wachstum, sondern eher mit einem weiteren Rückgang des BIP um 1% bis 5% zu rechnen. Die unklaren poli-

tischen Verhältnisse — die Regierung verfügt nicht über eine solide parlamentarische Basis, wichtige Wirtschaftsgesetze wurden vom Parlament abgelehnt — verschlechtern die Aussichten zusätzlich.

Hubert Gabrisch

Rezession ohne Stabilisierung in Rumänien

Die schwere Wirtschaftskrise Rumäniens hielt auch 1991 unvermindert an: Das Brutto-Inlandsprodukt nahm um 13% ab, die Industrieproduktion um 22% (arbeitstägig bereinigt um 18,7%)

In Rumänien scheiterten zügige Reformen am Fehlen marktgerechter Strukturen und Institutionen. Die fortdauernden Strukturprobleme und Importengpässe erzwangen einen außerordentlichen Rückgang des Sozialproduktes. Die angekündigte interne Konvertibilität des Lei konnte nicht aufrechterhalten werden.

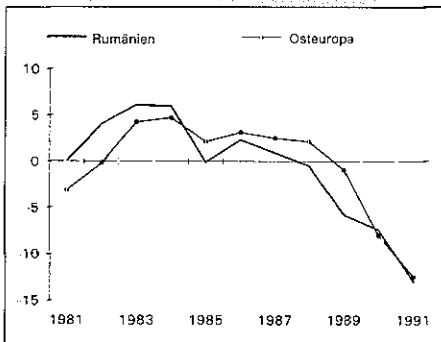
die Inlandsnachfrage war rückläufig, und vor allem Energie und Rohstoffe waren weiterhin Mangelware. Die heimische Produktion von Energieträgern ging zurück, und Energieimporte scheiterten am Devisenmangel. Das in den ersten zehn Monaten des Jahres beibehaltene System eines gespaltenen Wechselkurses wirkte als indirekte Subvention für die energieintensive Produktion. Trotz der Umwandlung aller Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften blieben sie von Behörden und Verteilungsmonopolen abhängig.

Die Brutto-Agrarproduktion erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr — von sehr niedrigem Ausgangsniveau — um nur 0,5%. Die gute Getreideernte konnte zum Teil nicht eingebracht werden, da die notwendigen Transportmittel fehlten. Im Februar 1991 wurde die Reprivatisierung des landwirtschaftlichen Bodens der landwirtschaftlichen Genossenschaften beschlossen. Demnach sollen 9 Mill. ha Land auf 6,2 Mill. neue Eigentümer aufgeteilt werden. Wegen der unsicheren Eigentumsverhältnisse wurden im Herbst große Flächen nicht bestellt, sodaß für 1992 mit einer Mißernte gerechnet werden muß.

Wiederholte Versuche, die Preise freizugeben, scheiterten am Widerstand einiger Politiker und der Gewerk-

Wirtschaftsentwicklung in Rumänien

*Abbildung 5
Veränderung des Brutto-Inlandsproduktes gegen das Vorjahr in %*



schaften; trotzdem erhöhten sich die Preise drastisch. Der Preisindex betrug, gemessen am Oktober 1990 (damals wurde ein erster Schritt in Richtung Preisfreigabe gesetzt), im Dezember 1991 444,5, der Lohnindex 333,7. Im Jahresdurchschnitt kann eine Inflationsrate von 165% angenommen werden. Besonders im letzten Quartal öffnete sich die Lohn- und Preisschere weit, der Nachfrageüberschuß blieb aber bestehen: Die sinkende Nachfrage war von einem abnehmenden Angebot begleitet, und die Importe blieben wegen Devisenmangels stark beschränkt.

Das Außenhandelsdefizit in Hartwährung hielt die Größenordnung des

Vorjahres, es betrug 1 752 3 Mill. \$. Die Exporte blieben auf dem Vorjahresniveau, während die Importe zurückgingen. Besonders gute Exportergebnisse wurden im November und Dezember 1991 — nach der Abwertung des Lei — erreicht.

1991 setzte die rumänische Regierung die ersten Schritte zur Einführung der internen Konvertibilität des Lei. Seit Februar dürfen die Unternehmen die Hälfte ihrer Exporterlöse in ausländischer Währung einbehalten; ferner wurde der Devisenhandel zwischen Unternehmen erlaubt, Banken fungieren hier als Vermittler. Dadurch bildete sich ein zweiter flexibler Wechselkurs, der vier- bis fünfmal so hoch war wie der offizielle Wechselkurs. Anfang November wurde der offizielle Kurs des Lei gegenüber dem Dollar um 67% abgewertet und der neue einheitliche Wechselkurs mit 180 Lei je Dollar festgesetzt. Zu diesem Kurs wurden die Devisenbestände der Unternehmen umgetauscht und so den Währungsreserven der Nationalbank zugeführt. Dieser Schritt ermöglichte zumindest im Dezember zusätzliche Importe von Energieträgern, sodaß die Energieengpässe im Winter gemildert wurden. Die Hartwährungsreserven reichten allerdings nicht aus, um die versprochene interne Konvertibilität des Lei zu ge-

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Rumäniens

Übersicht 10

	1987	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt	+ 0,9	- 0,5	- 5,8	- 7,4	- 13,0
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 2,4	+ 3,1	- 2,1	- 19,0	- 22,0 ²⁾
Beschäftigte	+ 1,4	+ 0,3	+ 2,7	+ 1,6	- 8,0
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 8,9	+ 5,8	- 5,0	- 2,9	+ 0,5
Pflanzenbau	- 14,0	+ 8,5	- 1,7	- 7,2	
Tierhaltung	- 2,5	+ 3,0	- 8,9	+ 2,1	
Brutto-Anlageinvestitionen Einzelhandelsumsätze ³⁾	- 1,4	- 2,2	- 1,5	- 38,3	- 26,8 ³⁾
Nominell	+ 2,8	+ 0,5	+ 1,6	+ 21,2	- 102,2
Real	+ 2,7	+ 0,5	+ 1,7	+ 10,4	- 27,7
Durchschnittliche Löhne und Gehälter					
Nominell	+ 0,6	+ 2,6	+ 4,0	+ 10,5	+ 121,7
Real	- 1,8	- 0,2	+ 2,1	+ 4,6	- 16,3 ³⁾
Verbraucherpreise (Einzelhandelspreise)	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,9	+ 4,2	+ 165,0 ⁴⁾
Exporte (fob)					
Insgesamt (in Lei) ⁵⁾	+ 5,1	+ 8,6	- 7,9	- 41,7	- 5,5
In konvertibler Währung (Dollarbasis)	+ 10,4	+ 9,2	- 8,4	- 41,5	+ 0,7
In nicht konvertibler Währung (Rubelbasis)			- 7,3	- 42,0	- 68,8
Importe (fob)					
Insgesamt (in Lei)	± 0,0	- 8,1	+ 10,4	+ 14,4	- 32,3 ⁴⁾
In konvertibler Währung	+ 3,1	- 18,5	+ 16,1	+ 50,5	- 10,9 ⁴⁾
In nicht konvertibler Währung			+ 6,8	- 14,7	- 87,3 ⁴⁾

¹⁾ Vorläufig. — ²⁾ In effektiver Arbeitszeit: -18,7. — ³⁾ Im staatlichen Sektor. — ⁴⁾ Ab 1990 mit Privatsektor — ⁵⁾ Errechnet mit dem Verbraucherpreisindex — ⁶⁾ Eigene Berechnung — ⁷⁾ Zu konstanten Preisen — ⁸⁾ Cif

währleisten. Um eine weitere radikale Abwertung zu vermeiden, wurde Anfang 1992 neuerlich ein System der Devisenzuteilung eingeführt, das die Konvertibilität praktisch aufhob.

Die rumänische Regierung war bestrebt, so rasch wie möglich ordnungspolitische Maßnahmen zu setzen. Eine Reihe von Gesetzen – u. a. über das Bankensystem, ausländische Investitionen, Privatisierung – die die Entwicklung in Richtung Marktwirtschaft ermöglichen sollten, wurde verabschiedet. Allerdings wird die vollständige Umsetzung der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Rumänien hatte große Hoffnungen in ausländische Hilfe gesetzt (Kredite und Direktinvestitionen). Die Vorbehalte des Westens konnten durch die oben erwähnten Reformen nur teilweise aufgehoben werden. Ein Standby-Abkommen mit dem IMF für ein Jahr trat im April in Kraft. Von der 1-Mrd.-\$-Hilfe, die von den G-24-Ländern zugesagt worden war, konnte nur ein Viertel – und das erst im Dezember 1991 – in Anspruch genommen werden. Die Bruttoverschuldung stieg von 0,8 Mrd. \$ auf rund 2,1 Mrd. \$. Das Leistungsbilanzdefizit von 1,2 Mrd. \$ mußte zum Teil aus den recht niedrigen Währungsreserven finanziert werden. 6 400 neue ausländische Investitionsprojekte wurden mit nur 156 Mill. \$ Kapital finanziert.

Das 1. Halbjahr 1992 ist von den bevorstehenden Parlamentswahlen geprägt. Die noch bestehende Regierung möchte ein weiteres Sinken des Brutto-Inlandsproduktes verhindern, obwohl ihr dafür die finanziellen und institutionellen Mittel fehlen. Nur durch großzügige Auslandsfinanzierung wird ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um mehr als 5% vermeidbar sein.

Gábor Hunya

Ungarns Erfolge in der Außenwirtschaft – Rezession vertieft sich

1991 boten Ungarns Wirtschaftsindikatoren ein widersprüchliches Bild: Spektakulären Erfolgen in der Außenwirtschaft stand eine bedeutende Verschlechterung der heimischen Wirtschaftsleistung gegenüber.

Das Brutto-Inlandsprodukt ging 1991 real um 7% bis 9% zurück. Der private Konsum nahm um 8% bis 10% ab, während der öffentliche Konsum geringfügig expandierte (+3% bis +5%). Nach Schätzungen fielen die Brutto-Anlageinvestitionen (mit Ausnahme jener in Kleinbetrieben) um 10%.

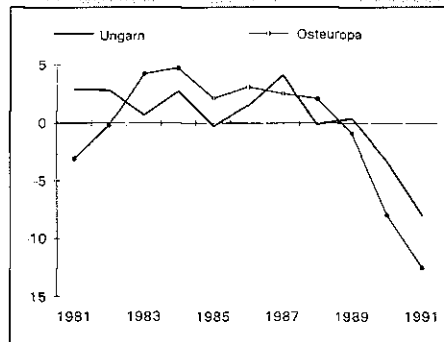
Die Inflationsrate erreichte mit 35% (Verbraucherpreise) ihren Höchststand seit dem Beginn der Systemänderung 1988, entsprach damit allerdings den Voraussagen der Regierung für 1991. Aus den monatlichen Veränderungen der Verbraucherpreise ist eine bedeutende Wende zu erkennen: Die Inflation beschleunigte sich nicht mehr. Der Schwachpunkt der Wirtschaft war

Ungarns große Erfolge in der Außenwirtschaft – Leistungsbilanzüberschuß, Abbau der Nettoverschuldung und Ausweitung der ausländischen Direktinvestitionen um 1,9 Mrd. \$ – sind von einem deutlichen Rückgang in Produktion und Beschäftigung überschattet.

1991 das Budgetdefizit, das wesentlich höher als geplant war und 4% bis 5% des Brutto-Inlandsproduktes erreichte.

Wirtschaftsentwicklung in Ungarn

Veränderung des Brutto-Inlandsproduktes gegen das Vorjahr in %



Die Industrieproduktion schrumpfte gegenüber 1990 (zu konstanten Preisen) um 19%, in Wirtschaftseinheiten mit mehr als 300 Beschäftigten – fast allen Staatsbetrieben – kräftiger (–23,2%) als im Durchschnitt, in Unternehmen mit 51 bis 299 Beschäftigten jedoch wesentlich schwächer (–4,3%). Letztgenannte Gruppe umfaßt kleine Staatsbetriebe sowie private und halbprivate Unternehmen. Die kleinsten Industrieunternehmen – sie sind überwiegend im Privatbesitz – konnten ihre Produktion beträchtlich ausweiten: laut offizieller Statistik um 50,1%. Über dieser dynamischen Entwicklung der kleinen Unternehmen darf allerdings nicht vergessen werden, daß drei Viertel der Arbeitskräfte

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung in Ungarn

Übersicht 11

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt	+ 4,1	– 0,1	– 0,2	– 3,3	– 7 bis – 9
Industrie					
Bruttoproduktion ¹⁾	+ 3,8	+ 0,2	– 1,0	– 5,0 ²⁾	– 19,1 ²⁾
Beschäftigte ¹⁾	– 2,5	– 2,6	– 1,7	– 9,1	– 13,4
Arbeitsproduktivität ¹⁾	+ 6,5	+ 2,7	+ 0,7	– 0,4	– 9,4
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	– 2,0	+ 4,3	– 1,3	– 3,8	– 3
Pflanzenbau	– 5,5	+ 7,5	+ 0,1	– 7,8	+ 9
Tierhaltung	+ 1,5	+ 1,5	– 2,7	+ 0,2	– 13 bis – 15
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 7,6	– 7,7	+ 4,4	– 9,8	– 10
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 14,2	+ 10,3	+ 17,6	+ 19,6	– 2,4
Real	+ 5,8	– 5,3	– 0,2	– 7,6	– 28,0
Privater Konsum insgesamt	+ 4,2	– 3,8	+ 2,4	– 4,2	– 8 bis – 10
Durchschnittliche Löhne und Gehälter ^{1,3)}					
Nominell	+ 8,1	+ 10,1	+ 18,2	+ 22,3	+ 23,4
Real	– 0,4	– 4,9	+ 0,9	– 5,1	– 8,6
Realeinkommen pro Kopf	+ 1,0	– 1,0	+ 2,5	– 1,6	– 2 bis – 4
Verbraucherpreise	+ 8,6	+ 15,5	+ 17,0	+ 28,9	+ 35,0
Exporte					
Insgesamt nominell ⁴⁾	+ 6,5	+ 13,8	+ 16,0	+ 5,7	+ 30,4
Insgesamt real	+ 3,3	+ 6,8	+ 0,3	– 4,1	– 10,7
Importe					
Insgesamt nominell ⁴⁾	+ 4,5	+ 3,8	+ 13,6	+ 4,1	+ 66,2
Insgesamt real	+ 2,4	– 0,3	+ 1,1	– 5,2	– 2,3

Für 1991 nur vorläufige Daten – ¹⁾ Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten. – ²⁾ Einschließlich Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten – ³⁾ Netto in produktiven Sektoren – ⁴⁾ Auf Forintbasis

in der Industrie in Unternehmen mit mehr als 300 Beschäftigten tätig sind Ende 1991 betrug die Arbeitslosenquote im Landesdurchschnitt 7,5%. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit je nach Gebiet sehr unterschiedlich: In Budapest erreichte die Arbeitslosenquote Ende 1991 2% bis 3% in den nordöstlichen Regionen des Landes 16%

Den Außenhandel prägten gegensätzliche Tendenzen. Nach vorläufigen Berichten schrumpfte das Volumen ungarischer Exporte in die UdSSR um 60%, das der Importe um 68%, hingegen expandierte der Handel mit den OECD-Ländern rasch. Die Exporte in OECD- und Entwicklungsländer nahmen zu laufenden Preisen auf Dollarbasis insgesamt um 29% zu. Dieser Anstieg ist überraschend, da der Forint 1991 real aufgewertet wurde.

Ungarns Leistungsbilanz in konvertiblen Währungen wies 1991 einen Überschuß von 267 Mill. \$ aus³⁾. Dies ist ein bedeutender Erfolg, hatten doch pessimistische Voraussagen Ende 1990 ein Defizit von 1,2 Mrd. \$ für 1991 angenommen. Nach der Zahlungsbilanzstatistik betrug der Handelsbilanzüberschuß 189 Mill. \$⁴⁾. Gemeinsam mit dem Nettoerlös aus dem Tourismus sowie unentgeltlichen Leistungen aus dem Ausland konnte er die Belastung durch die Netto-Zinszahlungen von 1,3 Mrd. \$ mehr als ausgleichen.

Ausländer investierten 1991 verstärkt in Ungarn. Der Wert von Bargeldtransfers, Einlagen in Sachwerten und ausländischen Investitionskrediten wird auf 1,9 Mrd. \$ geschätzt, ungefähr 20% des Exportwertes. Ungarns Hartwährungsreserven überstiegen 4 Mrd. \$, womit die Importe von mehr als 4 Monaten gedeckt sind. Die Nettoverschuldung fiel um 1,5 Mrd. \$ auf 14,7 Mrd. \$, die Bruttoverschuldung hingegen nahm zu — hauptsächlich infolge des Wechselkurseffektes — und betrug Ende Dezember 1991 22,8 Mrd. \$.

Im Unternehmenssektor hielt die rege Gründungstätigkeit an. Die Zahl rechtsfähiger Gesellschaften stieg

von 29 000 (Ende 1990) auf 53 000 (Ende 1991). 71 000 kleine Betriebe ohne Rechtsfähigkeit und mehr als 400 000 Privatunternehmen wurden registriert. Allein 1991 wurden 5 642 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung gegründet — ebensoviele wie im Zeitraum 1972/1990. Rund 10% der früheren Staatsbetriebe standen Ende 1991 entweder im Privateigentum oder unter dem Einfluß privater Besitzer.

In Anbetracht von Ungarns solider außenwirtschaftlicher Stellung konzentrieren sich die Hauptziele 1992 darauf, die Inflation zu senken, das Budgetdefizit im vorgesehenen Rahmen zu halten und, nicht zuletzt, einen weiteren Produktionsrückgang zu verhindern.

Sándor Richter

Eine brüchige GUS folgt dem Zerfall der UdSSR

Die Proklamation der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Dezember 1991 hat das Ende der UdSSR besiegelt. Die neue GUS ist allerdings außerordentlich instabil, hat keine gemeinsamen Organe und Institutionen

Aufgrund der Beeinträchtigungen im Intra-GUS-Handel sowie der von Rußland eingeleiteten Reformmaßnahmen wird die Produktion 1992 drastisch zurückgehen, die Inflation sich beschleunigen und die Arbeitslosigkeit in der ehemaligen UdSSR rasch zunehmen.

und kann daher weder als politischer noch als verlässlicher wirtschaftlicher Nachfolger der UdSSR betrachtet werden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Mitgliedern der GUS (11 der 15 Republiken der ehemaligen UdSSR) über zahlreiche militärische und wirtschaftspolitische Schlüsselfragen deuten eher auf eine weitere Zersplitterung als auf eine baldige Einigung über — dringend notwendige — koordinierte und institutionalisierte Reformen im Rahmen eines gemeinsa-

men Wirtschaftsraumes hin. Aufgrund des Fehlens abgestimmter Reformmaßnahmen werden die Handelsbeziehungen zwischen den Republiken und zwischen den (eng verflochtenen und oft monopolistischen) Produzenten in den einzelnen GUS-Republiken weiter beeinträchtigt und die wirtschaftliche Stabilisierung sowie der Übergang zur Marktwirtschaft erschwert. Der drohende Kollaps des Intra-GUS-Handels sowie die Anfang 1992 von Rußland eingeleiteten Reformmaßnahmen werden in nächster Zukunft in der GUS einen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung (BIP 1992 —20%), wachsende Inflation (etwa 1 000% gegenüber 1991) und einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit (etwa +10% der Beschäftigten) mit sinkendem Lebensstandard verursachen. Wegen der rapiden Verschlechterung der Wirtschaftslage bleibt die drohende Gefahr politischer, nationaler und sozialer Unruhen bestehen, der Westen kann die Entwicklungen in der GUS kaum maßgeblich beeinflussen. Die westliche finanzielle Unterstützung nach dem Beitritt einzelner Republiken der GUS zum IMF (der Bedarf wird allein für Rußland für 1992 auf etwa 24 Mrd. \$ geschätzt, weitere 20 Mrd. \$ werden für andere Republiken benötigt) ist noch nicht gesichert.

Schon 1991 hat sich die Wirtschaftslage in der GUS außerordentlich verschlechtert. Das Brutto-Nationalprodukt sank offiziell um 17%, die Bruttoproduktion der Industrie und der Landwirtschaft jeweils um etwa 7%, und die Investitionen gingen um 11% zurück. In den einzelnen Republiken der GUS entwickelte sich die Wirtschaft allerdings recht unterschiedlich: Während für Rußland und die Ukraine ein Rückgang des produzierten Nationaleinkommens um 11% gemeldet wird, berichten Weißrußland eine Rate von —3%, Kirgistan —5% sowie Aserbaidschan, Turkmenistan und Usbekistan eine Stagnation (jeweils im Vergleich zu 1990). Gleichzeitig ist das produzierte Nationaleinkommen in der GUS insgesamt um 15% geschrumpft (die widersprüchli-

³⁾ Heti Világgazdaság 29. Februar 1991.

⁴⁾ Der Unterschied zwischen diesem Wert, der auf der Zahlungsbilanzstatistik basiert, und dem vom Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen angegebenen Überschuß von 400 Mill. \$, der auf der Zollstatistik beruht, erklärt sich aus der Diskrepanz zwischen Lieferdatum und Zahlungstermin. Ende 1990 sahen viele Exporteure die bevorstehende Abwertung des Forint im Jänner 1991 voraus und hoben ihre Exporteinnahmen erst nach der Abwertung ein. Die Handelsbilanz von 1990 spiegelt die Diskrepanz allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen wider.

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Republiken der GUS 1991

Übersicht 12

	National-einkommen (produziert)	Preise		Einzel-handels-umsatz	Exporte	Importe
		Großhandel	Einzelhandel			
		Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Rußland	-11	+ 138	+ 89 4	- 5 8	-29 4	-45 6
Ukraine	-11	+ 122	+ 82 5	- 8 6	-46 3	-38 8
Belarus	- 3	+ 151	+ 81,3	- 0 5	-41 8	-46 9
Kasachstan	-10	+ 173	+ 82 9	-12 0	-38 4	-39 4
Aserbajdschan	- 0 4	+ 135	+ 86,5	-11 8	-37 9	-43 6
Armenien	-11	+ 120	+ 90 7	-25 8	-40 6	-19 4
Moldowa	- 5	+ 131	+ 97 4	-15 0	-41 3	-50 6
Kirgistan	- 5	+ 159	+ 88 2	-15 8	-38 7	-42 6
Tadschikistan	- 9	+ 163	+ 83 5	-21 5	-40 4	-48 4
Turkmenistan	- 0 6	+ 205	+ 84 6	-11 6	-38 5	-36 8
Usbekistan	- 0 9	+ 148	+ 82 9	- 8 0	-34 5	-42 1
GUS insgesamt	-15	+ 138	+ 86 0	- 7 1	-33 0	-44 0

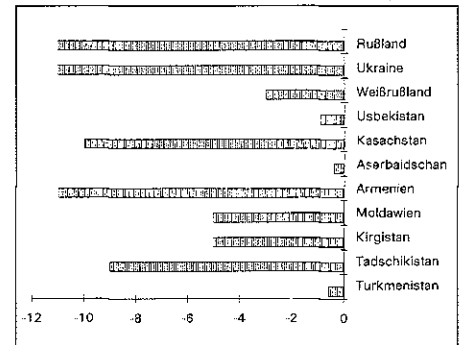
Q. Ekonomika i Zhizn 1992 (6) S. 13-16

chen Angaben deuten auf erhebliche Schwierigkeiten in der Erfassung getrennter Statistiken für die einzelnen Republiken hin⁵⁾ Im Unterschied zu ähnlichen Entwicklungen in den Reformländern Osteuropas war die Rezession in der UdSSR bislang nicht durch gezielte Reformmaßnahmen (wie etwa Stabilisierungspolitik) verursacht, sondern eine Folge des Zusammenbruchs der Kommandowirtschaft und des Zerfalls der gesamtsozialistischen Institutionen mit dem daraus resultierenden Chaos. Das explodierende Budgetdefizit (etwa 12% bis 14% des BIP der GUS insgesamt, gegenüber 4% 1990) die unkontrollierte Geldemission sowie steigende Löhne und Gehälter (im Jahresdurchschnitt 1991 nominell +70% gegenüber 1990) haben mit gleichzeitiger rückläufiger Produktion von Konsumgütern (offiziell -3,1%) und Lebensmitteln (-8,8%) sowohl die Inflation angeheizt als auch die Versorgungskrise verschärft. Die Einzelhandelspreise sind im Jahresdurchschnitt um fast 90%, die Großhandelspreise sogar um 140% gestiegen. In den einzelnen GUS-Republiken entwickelten sich die Preise (vor allem die Großhandelspreise) sehr unterschiedlich. Die Inflation hat sich gegen Ende des Jahres beschleunigt. Die Einzelhandelsumsätze schrumpften real insgesamt um 9%; sinkende Fleischverkäufe (vor allem in Armenien, Moldawien, Kirgistan und Tadschikistan) wurden zum Teil mit Umsatzzuwächsen der Getreideprodukte kompensiert.

Der Außenhandel der UdSSR war durch die Auflösung des RGW sowie durch die drohende Liquiditätskrise stark beeinträchtigt. Die Exporte in die ehemaligen RGW-Länder sanken um 56%, die Importe um 61%. Der Handel mit dem Westen ging vergleichsweise weniger zurück (Exporte -16%, Importe -31%). Dadurch ist der Anteil des Westens an den GUS-Exporten von 46% (1990) auf 57% (1991); an den Importen von 56% auf 58% gestiegen; dagegen ist der Anteil ehemaliger RGW-Länder am Export von 35% auf 23%, am Import von 42% auf 24% geschrumpft. Die regionale Aufteilung des Handels ist aller-

Wirtschaftsentwicklung in der GUS

Abbildung 7
Veränderung des produzierten Nationaleinkommens 1991 gegen das Vorjahr in %



dings durch die Wiedervereinigung Deutschlands — die DDR war 1989 mit einem Anteil von etwa 10% der Umsätze der wichtigste Handelspartner der UdSSR — erheblich verzerrt. Die Gesamtexporte der GUS sanken 1991 um 32% (auf 81,4 Mrd. Rubel zum kommerziellen Wechselkurs) — hauptsächlich wegen der Kürzung der Erdölexporte (-34% im Vorjahresvergleich, auf 104,5 Mill. t) —, die Importe wurden um 42% (auf 79,2 Mrd. Rubel) gekürzt⁶⁾

Auf Rußland allein entfallen etwa 79% der GUS-Exporte, aber nur 58% der Importe, sodaß der Handelsbilanzüberschuß 1991 mehr als 19 Mrd. Rubel erreichte. Auch im Intra-GUS-Handel

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der UdSSR

Übersicht 13

	1987	1988 1989 1990 1991 ¹⁾			
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Nationalprodukt					
Produziert	+ 16	+ 44	+ 25	- 40	-15
Verwendet	+ 07	+ 46	+ 32	- 18	-16
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 38	+ 39	+ 17	- 12	- 78
Beschäftigte	- 03	- 08	- 26	- 31	- 20
Arbeitsproduktivität	+ 41	+ 47	+ 44	+ 18	- 60
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	- 06	+ 17	+ 13	- 28	- 70
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 56	+ 62	+ 47	+ 06	-150
Einzelhandelsumsätze ²⁾	+ 11	+ 69	+ 84	+103	+750
Gesellschaftlicher Konsum ³⁾	+ 50	+ 77	+ 66	+ 72	
Durchschnittliche Löhne und Gehälter ³⁾	+ 30	+ 70	+ 94	+142	+700
Realeinkommen pro Kopf	+ 09	+ 32	+ 10 ²⁾	- 20 ²⁾	-150 ²⁾
Einzelhandelspreise	+ 10	+ 30	+ 20	+ 47	+860
Exporte ⁴⁾					
Insgesamt	- 01	- 19	+ 24	-119	-330
In die westlichen Industrieländer	+ 84	+ 34	+118	+ 60	-160
Importe ⁴⁾					
Insgesamt	- 30	+ 65	+109	- 22	-440
Aus den westlichen Industrieländern	-126	+176	+256	- 15	-330

¹⁾ Vgl. Ekonomika i Zhizn 1992 (6) Daten für GUS — ²⁾ Schätzung — ³⁾ Zu laufenden Preisen — ⁴⁾ Auf Rubelbasis

⁵⁾ Vgl. Ekonomika i Zhizn 1992 (6) S. 13-16

⁶⁾ Vgl. Ekonomika i Zhizn 1992 (13) S. 14

del, insbesondere nach dem geplanten Übergang zu Weltmarktpreisen, wird Rußland erhebliche Überschüsse erwirtschaften. Die Auseinandersetzungen zwischen den GUS-Republiken über die Aufteilung der Schulden und Guthaben der ehemaligen UdSSR deutet darauf hin, daß Rußland in Zukunft die „Subventionierung“ der anderen GUS-Republiken zumindest reduzieren wird. Wenn im Zuge dessen auch der Intra-GUS-Handel zusammenbrechen sollte (dessen Volumen für alle GUS-Mitglieder viel wichtiger ist als der Außenhandel selbst), wären die negativen Folgen – vor allem für die nicht-russischen Republiken – unabsehbar. Rußland könnte zwar einen Teil seiner Energie- und Rohstofflieferungen von der GUS auf die Weltmärkte umleiten (und dadurch auch den Rückgang z. B. der Energieproduktion weitgehend wettmachen), die Folgen der zu erwartenden Gegenmaßnahmen der anderen Republiken sowie die Rückwirkungen ihrer Produktionsausfälle auf die russische Wirtschaft wären aber ebenfalls gravierend. Eine Einigung über die Bedienung und Aufteilung der Schulden der UdSSR ist die Voraussetzung für dringend notwendige zusätzliche westliche Kredite. Nicht weniger wichtig ist aber die Schaffung von GUS-internen Zahlungsmodalitäten (etwa einer gemeinsamen Clearing-Verrechnungsstelle), die einen Kollaps der Lieferungen zwischen den GUS-Republiken verhindern könnten.

Peter Havlik

Jugoslawiens Wirtschaft am Rande des Abgrunds

Nach rund zwei Jahren erfolgloser Diskussionen und Verhandlungen über eine Neugestaltung löste sich der Staat Jugoslawien in seiner früheren Form – nach der Abspaltung Sloweniens und Kroatiens – im Herbst 1991 endgültig auf⁷⁾. Die hier angegebenen Daten für 1991 sind nur als Orientierungsgrößen zu sehen, da Slowenien und Kroatien ihre Berichterstattung an die Bundesbehörden teilweise eingestellt haben.

Nach vorläufigen Schätzungen verringerten sich 1991 das Sozialprodukt und die Industrieproduktion jeweils

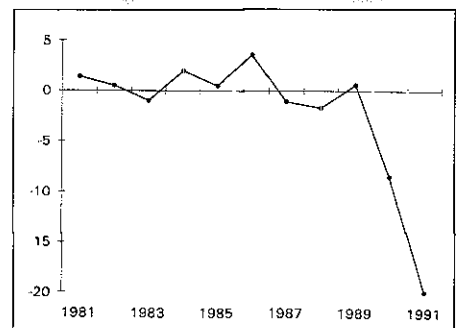
um rund 20%. Die Gründe für den Rückgang sind offensichtlich: Im Zuge des Bürgerkriegs brach der Handel innerhalb Jugoslawiens fast vollständig zusammen, einzelne Republiken verstaatlichten bzw. beschlagnahmten Eigentum anderer Republiken auf ihrem Territorium, die Transportwege wurden blockiert und/oder zerstört, sodaß Unternehmen von für die Produktion wichtigen Zulieferungen abgeschnitten wurden. Allein die Landwirtschaft verzeichnete dank einer Rekordernte einen Produktionszuwachs um 8%. 1991 ging die Beschäftigung im sozialistischen Sektor der Wirtschaft um rund 14% zurück; im Dezember 1991 waren rund

Mit dem Zerfall Jugoslawiens wurde der Einbruch seiner Wirtschaft weiter vertieft. In unmittelbarer Zukunft ist für den von Serbien dominierten Teil des Landes, aber auch für Kroatien, das sich erheblichen Kriegsschäden gegenüber sieht, keine Erholung zu erwarten. In Slowenien wird sich die Wirtschaft mittelfristig am ehesten beleben.

1,6 Mill. Personen arbeitslos gemeldet, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 21%.

Wirtschaftsentwicklung in Jugoslawien

Abbildung 8
Veränderung des Sozialproduktes gegen das Vorjahr in %



Kroatiens Wirtschaft litt unter enormen Kriegsschäden, die nach letzten Schätzungen 18,7 Mrd. \$ erreichen. Nach vorläufigen Angaben sank das Sozialprodukt 1991 gegenüber dem Vorjahr um 23,4%, die Industrieproduktion um 28,5%, die Investitionen nahmen real um rund 40% ab, und die Einnahmen aus dem Tourismus – dem wichtigsten Wirtschaftszweig – fielen fast ganz aus. Verschärft wird die Krise durch die alarmierende Finanzlage der Unternehmen, hohe Arbeitslosigkeit und das ungelöste Flüchtlingsproblem.

Auf Sloweniens Wirtschaft wirkte sich der Bürgerkrieg wesentlich schwä-

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Jugoslawiens

Übersicht 14

	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Sozialprodukt ¹⁾	- 17	+ 0,6	- 8,5	- 20
Industrie				
Bruttoproduktion	- 0,7	+ 0,9	- 10,8	- 20,0
Beschäftigte	+ 0,3	+ 0,9	- 2,2	- 7,3 ²⁾
Arbeitsproduktivität	- 1,0	± 0,0	- 8,6	- 12,5 ²⁾
Landwirtschaft				
Bruttoproduktion	- 4,9	+ 5,2	- 4,9	+ 8,0
Pflanzenbau	- 5,7	+ 8,8		
Tierhaltung	- 3,8	- 0,9	- 2,0	-3 bis -8
Brutto-Anlageinvestitionen				
Real	- 5,8	+ 0,8	- 18,3	- 30
Einzelhandelsumsätze				
Nominell	+ 185,7	+ 1 054,2	+ 526,9	+ 79,0
Real	- 3,8	- 13,0	- 7,2	- 13,6
Durchschnittliche Löhne und Gehälter				
Nominell	+ 171,7	+ 1 566,7	+ 431,0	+ 89,2
Real	- 7,8	+ 26,6	- 22,0	- 13,2
Einzelhandelspreise	+ 198,7	+ 1 255,7	+ 587,6	+ 118,1
Exporte				
Insgesamt	+ 9,5	+ 5,6	+ 7,1	
In die westlichen Industrieländer	+ 13,0	+ 6,2	+ 23,8	- 21,9
In konvertibler Währung	+ 11,9	+ 9,8	+ 12,0	
Importe				
Insgesamt	+ 3,4	+ 11,9	+ 26,2	
Aus den westlichen Industrieländern	+ 1,7	+ 9,3	+ 48,0	- 33,3
In konvertibler Währung	+ 7,1	+ 15,0	+ 37,7	

¹⁾ Jugoslawische Definition – ²⁾ Jänner bis November

⁷⁾ Im vorliegenden Bericht wird Jugoslawien als geographischer Raum unter Einbeziehung aller ehemaligen Teilrepubliken verstanden.

cher aus als in Kroatien: 1991 nahm das Sozialprodukt um rund 13% ab, die Industrieproduktion um 12,4%, und die Investitionen blieben um rund ein Fünftel unter dem Vorjahreswert. Im Dezember 1991 betrug die Arbeitslosenquote 12%.

In der zweiten Jahreshälfte erlebte Jugoslawien neuerlich einen Inflationsschub, nachdem die Nationalbank und die Regierung die Kontrolle über die Geld- und Währungspolitik verloren hatten. Das Bundesbudget wurde fast ausschließlich aus Nationalbankkrediten gespeist, womit überwiegend der Bürgerkrieg finanziert wurde. Allein im IV Quartal 1991 stiegen die Preise im Durchschnitt um 18,6% pro Monat. Im Einzelhandel betrug die Teuerung im Jahresdurchschnitt 1991 gegenüber dem Vorjahr 118,1%; von Dezember 1990 bis Dezember 1991 wurden Preiserhöhungen von 235% ausgewiesen. 1992 sehen sich Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina — hier ist der jugoslawische Dinar das Zahlungsmittel — wie schon Ende 1989 mit einer

Hyperinflation konfrontiert: Im Februar und März stiegen die Preise im Vormonatsvergleich um über 40%. Um dem wachsenden Inflationsdruck gegenzusteuern, führten Slowenien, Kroatien und schließlich Mazedonien eigene (Übergangs-)Währungen ein.

Im Außenhandel waren sowohl die Exporte als auch die Importe (mangels Devisen) stark rückläufig. Die Leistungsbilanz weist für Jugoslawien (ohne Slowenien und Kroatien) ein Defizit von 1,6 Mrd. \$ aus. Angesichts der Einnahmefälle aus Dienstleistungen (Tourismus, Transport und Überweisungen von Gastarbeitern) dürfte das Leistungsbilanzdefizit der gesamten Region bedeutend höher sein.

Ende September 1991 erreichte die Bruttoverschuldung in konvertiblen Währungen — nach letzten verfügbaren Informationen — rund 14,9 Mrd. \$; die Hartwährungsreserven der jugoslawischen Nationalbank und der „autorisierten“ Banken betragen Anfang Februar 1992 insgesamt

nur noch 2,9 Mrd. \$ (Dezember 1990 6,9 Mrd. \$). Der Schuldendienst wird für 1992 mit 2,9 Mrd. \$ angegeben. Nach dem Zerfall Jugoslawiens bleibt die Frage der künftigen Schuldenbedienung, insbesondere jenes Teils der Schulden, der den einzelnen Republiken nicht direkt zurechenbar ist (Bundesschuld), völlig offen: So tritt etwa der Gouverneur der jugoslawischen Nationalbank für einen Zahlungsstopp „in nächster Zukunft“ ein⁸⁾. Slowenien und Kroatien haben ihrerseits erklärt, jene Schulden zu bedienen, die ihnen direkt zugerechnet werden können.

Die Aussichten auf eine Erholung der Wirtschaft in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind sehr ungünstig. Weder in den Republiken, die unter dem Einfluß Serbiens stehen, noch in Kroatien, das mit enormen Kriegsschäden konfrontiert ist, ist ein Aufschwung absehbar. Lediglich Slowenien dürfte in der Lage sein, seine Wirtschaftsprobleme mittelfristig zu bewältigen.

Hermine Weinwurm-Vidovic

⁸⁾ Reuter 3. März 1992.